

Die Freiheit

Redaktion Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10 IV.
Verleger: Ernst Nordens 11007 und 11008.
Die „Freiheit“ erscheint zweimal wöchentlich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei halbjährlicher Abnahme für Groß-Berlin monatlich 2 Mark, nach außerhalb (Zulassung unter Streifen) 4 Mark. Bestellungen sind bis auf weiteres ausschließlich an die Expedition zu richten. Für die Abgabe auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einzahlung der Bezugsgebühr erforderlich.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10 IV.
Verleger: Ernst Nordens 11007 und 11008.
Inserate können die Redaktionsstelle bis zum 10. Uhr des Vormittags bei der Expedition entgegennehmen. Die Zeitschriften werden am 11. Uhr des Vormittags ausgegeben. Bei Familienanzeigen und Veranlassungen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Zeitschriftenzuschlag fort. Insetate für die Morgenausgabe müssen bis 5 Uhr abends am Tage zuvor, Insetate für die Nachmittagsausgabe bis vorm. 11 Uhr bei der Expedition aufgegeben sein.

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1 Sonnabend, den 30. November 1918 Nummer 28

Einberufung der National-Versammlung.

Die Abdankung Wilhelm II.

Berlin, 29. November. (W. Z. N.) Um aufgetauchten Missverständnissen über seine Abdankung zu beggnen, hat Kaiser Wilhelm II. in einer staatsrechtlich einwandfreien Urkunde auf die Rechte an der Krone Preussens und der damit verbundenen deutschen Kaiserkrone verzichtet. Die Urkunde hat folgenden Wortlaut:
„Ich verzichte hierdurch für alle Zukunft auf die Rechte an der Krone Preussens und die damit verbundenen Rechte an der deutschen Kaiserkrone.
Ebenfalls entsichere ich alle Beamten des Deutschen Reichs und Preussens sowie alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Marine, des preussischen Heeres und der Truppen der Bundeskontingente des Reiches, den sie mir als ihren Kaiser, König und Obersten Befehlshaber geleistet haben. Ich erwarte von ihnen, daß sie die zur Neuordnung zwischen diesen und den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland helfen, das deutsche Volk gegen die drohenden Gefahren der Anarchie, der Hungernot und der Fremdherrschaft zu schützen.
Urkundlich unter meiner ständehändigen Unterschrift und bezeugtem Kaiserlichen Inseel.
Gegeben Amsterdogen, den 28. November 1918.
Kaiser Wilhelm.“
Der Stil der Urkunde ist noch immer ganz wilhelminisch. Ein merkwürdiges Gemisch von Resignation und Größenwahn.

Ein Antrag.

Wie wir erfahren, haben die Staatssekretäre im auswärtigen Amt, die Herren Treischer von Stumm und von dem Busche-Haddenhausen, ihren Vorschlag angenommen.
Öffentlich heißt es bald: Fortsetzung folgt.

Immer wieder das Auswärtige Amt.

Um die Münchener Veröffentlichungen über die Schuld an Artois zu diskreditieren, hatte das Auswärtige Amt eine Dreifachveröffentlichung veranlaßt, die die Veröffentlichung auf Clemenceau zurückzuführen sei, der dies durch eine Mittelsperson Prof. Förster, dem bayerischen Gesandten in der Schweiz, nahegelegt habe. Diese haben kurze Beine, und sowohl Förster als Clemenceau stellen fest, daß an der Nachricht kein wahres Wort ist. Was tun? Nun, man läßt in der Presse erzählen, daß nicht das Amt, sondern Eisner von Paris aus desavouiert worden sei.
Wir müssen gestehen, diese unglaubliche Unverschämtheit des Auswärtigen Amtes steht seinem Treiben doch die Krone auf. Quersicht läßt es, daß Eisner unter dem Einfluß des „Reinhold“ gehandelt hat, also so ein halber Vaterlandsverräter sei; die Lüge wird aufgedeckt. Dann läßt es, daß Clemenceau mit Eisner nichts zu tun haben will“, also Eisner von allen, sogar von „seinem“ Clemenceau verlassen ist. Und diese nichtsinnige Verdächtigung eines revolutionären Ministerpräsidenten wird gebuhlet! Man läßt einen von uns verurteilten von Leuten, über deren völlige Unfähigkeit ganz Deutschland, alle von den Deutschen bis zu den Sozialdemokraten, einig ist. Und man arrangiert in der ganzen Presse — der „Vorwärts“ darf dabei natürlich nicht fehlen — eine Sebe gegen den, der Manns genug ist, daß er mit diesen armenelichen Ränkeschmieden nichts zu tun haben will!
Die Frage ist nur, wie lange die Regierung die Pressebeeinflussung, die sowohl in- als ausländische Reaktionen umfaßt, wohl dulden wird.

General Eberhard auf dem Rückzuge.

Berlin, 29. November. Der Oberkommandierende der 1. Armee General v. Eberhard hat seine Befehlsmacht vom 18. November am 26. November durch folgenden Aufruf erloscht:
„Sämtliche Militär- und Zivilbehörden sowie die Ärzte, Arbeiter- und Soldatenräte fordere ich auf, mich in Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu unterstützen und allen Anforderungen für einen reibungslosen Ablauf der Armee zu entsprechen.“

General Eberhard hatte bekanntlich in seiner ersten Proklamation verlangt, daß die Arbeiter- und Soldatenräte sich der militärischen Gewalt unterzuordnen hätten und daß das Tragen roter Abzeichen auf das strengste verboten sei. Jetzt fordert er die A. u. S. Räte auf, ihn bei der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu unterstützen. Diese Forderung eines Aufrufs ist absolut ungenügend. Noch immer spricht er zu den A. u. S. Räten im Befehlshabertone.

General Eberhard muß fort! Das ist das mindeste, was man nach seinem bisherigen Auftreten verlangen darf.

Die Vorgänge in Belgien.

Der Vollzugsausschuß des Zentral-Soldatenrates, vormals in Brüssel, hat an die belgische Regierung die Forderung gestellt, mit der Bestrafung derjenigen Personen, die sich in Belgien besonders hervorgetan haben, zu beginnen, ohne daß ein Druck der Alliierten ausgeübt werde. Er fordert einen Staatsgerichtshof, der zunächst mit der Untersuchung folgender Fälle beginnen soll:

1. Es ist sofort zu untersuchen, wer die Deportation der belgischen Arbeiter nach Deutschland veranlaßt. Strenge Bestrafung dieser Personen ist notwendig.
 2. Es ist zu untersuchen, wer die Niederreißung der belgischen Industriewerke veranlaßt. Auch diese Personen sind zu bestrafen.
 3. Genaue Untersuchung des Prozesses Mich. Cabell. Einforderung der Gerichtakten. Der Vollzugsausschuß klagt als besonders Schuldigen den General Sauerzweig an.
 4. Es ist dem Vollzugsausschuß genau bekannt, daß Generalleutnant v. Winterfeldt, der Chef des Stabes im ehemaligen Generalgouvernement Brüssel, mit zwei Divisionen auf Kachen und Aachen marschierte, um die Revolution niederzukämpfen. Dieser Offizier ist sofort zur Verantwortung zu ziehen.
- Der Vollzugsausschuß verlangt, daß die deutsche Regierung sofort zeigt, daß sie ernsthaft gewillt ist, Schuldige zu bestrafen. Sie darf nicht erst warten, bis sie von den Alliierten hierzu gezwungen wird.
Dieses Verlangen wird hoffentlich auch erfüllt werden.

Der Sicherheitsdienst des Berliner Polizeipräsidiums.

Im Einverständnis mit dem „Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates“ erfährt der Sicherheitsdienst des Berliner Polizeipräsidiums eine Umgestaltung.
Es haben sich in diesen Sicherheitsdienst Elemente eingeschlichen, welche unter dem Schutze der weißen Linde Angriffe auf das Eigentum und die Sicherheit der Bevölkerung gemacht haben, andere wieder, welche die weiße Linde an solche verlaufen, die sie zu verbrecherischen Zwecken benutzen wollten. Es liegt im Interesse der Sicherheitsmänner selbst, daß diese Elemente ausgeremert werden.
In diesem Zweck muß eine Koordination der Sicherheitsmannschaften stattfinden. Die Sicherheitsmänner haben sich daher neu anzuschließen. Die Angenommenen werden mit neuen Armbinden und Ausweisplakaten versehen. Außerdem werden dem Sicherheitsdienst Männer aus der Zivilbevölkerung beigegeben.
Diejenigen, die bisher der Sicherheitsarmee angehört und nicht wieder Verwendung finden sollten, können sich der „republikanischen Soldatenwehr“ zu den gleichen Bedingungen zur Verfügung stellen.
Der Vollzugsrat des „Arbeiter- und Soldatenrates“
Richard Müller, Vorkämpfer.
Der Volkskommissar für den „Sicherheitsdienst“
Fischer.

Die Behandlung der Kriegsgefangenen.

Die Untersuchungskommission zur Prüfung der Frage der völkerrechtswidrigen Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland tritt bereits am kommenden Montag in Berlin zusammen.

Der Beschluß der Volksbeauftragten.

In der gestrigen Sitzung des Rates der Volksbeauftragten wurde die Frage der Einberufung der Nationalversammlung eingehend besprochen. Schließlich kam eine Einigung dahin zustande, daß der Termin der Einberufung der Nationalversammlung der Reichsversammlung der A. u. S. Räte bedürfe, die am 16. Dezember zusammentritt. Vorbehaltlich dieser Zustimmung wurde der Termin der Einberufung auf den 16. Februar festgesetzt.

Es ist eine wichtige und weittragende Entscheidung, die der Rat der Volksbeauftragten heute gefaßt hat, und erst nach langen Beratungen, während denen die Existenz der sozialistischen Regierung zeitweise in Frage gestellt schien, ist die Entscheidung einstimmig gefaßt worden.

Über die Unumgänglichkeit der Einberufung der Nationalversammlung war allerdings kein Zweifel mehr. Auch die Leitung der Unabhängigen Sozialdemokratie hatte sich, wie ihr Aufruf an die Partei gezeigt hat, auf diesen Boden gestellt. Geleitet waren aber die Meinungen über den Zeitpunkt der Einberufung. Unserer Meinung nach kann kein Zweifel obwalten, daß für die Durchführung einer rein sozialistischen Politik ein späterer Termin des Zusammentritts der Nationalversammlung wünschenswert ist. Die Gründe hierfür brauchen an dieser Stelle nicht wiederholt zu werden. Aber es handelte sich nicht darum, was wünschenswert ist, sondern was möglich ist.

Die Vertreter einer frühen Einberufung wollten geltend machen, daß wir unter Zwang stehen. Es sei kein Zweifel möglich, daß die Entente den Frieden nur mit einer Regierung schließen werde, die sich auf eine aus freien Wahlen hervorgegangene Verammlung stützen könne. Sie verhalte sich unbedingt ablehnend gegenüber den Arbeiter- und Soldatenräten, mit denen sie jede Verhandlung ablehne und die sie in den besetzten Gebieten überall aufste. Alle Nachrichten stimmen darin überein, daß auch der Preliminarverträge nur geschlossen würde mit einer Regierung, die sich auf die gewählten Volksvertreter stützen könne.

Dazu dröbe die Gefahr der Zerstückelung Deutschlands. Mächtige Einflüsse wirken auf die Köpfe des deutschen Volkes hin. Im Rheinland arbeite die Schwerindustrie auf einen neuen Rheinbund hin, der unter französischem Schutze sich vom sozialistischen Deutschland loslöse. In Bayern seien partikularistische Strömungen sehr erkräftet. Bestrebungen seien im Gange, die auf den Zusammenschluß mit Dentsch-Oesterreich und die Bildung einer neuen katholischen Macht hinarbeiten. Auch hier wirken Einflüsse der Entente in der gleichen Richtung. Sowohl im Rheinland als in Bayern unterstütze das Zentrum diese Bewegung. Die Einberufung der Nationalversammlung sei nötig, um die Einheit Deutschlands sicherzustellen.

Unsere Vertreter hielten diese Bedenken für übertrieben, wenn sie auch nicht in Abrede stellen wollten, daß kapitalistische und feudale Einflüsse am Werke seien, die auch vor der Landesregierung nicht zurücktreten, um des Projekts oder der klerikalen Machtstärkung willen. Aber sie forderten mit Recht, daß nicht der Rat der Volksbeauftragten, sondern der Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte, dem die Ausübung der höchsten Macht zusteht, die endgültige Entscheidung fälle. Sie forderten weiter, daß die Regierung nicht abwarten dürfe in der Zwischenzeit bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung, von ihrer Macht zur Fortführung der Revolution und Durchsetzung sozialistischer Errungenschaften Gebrauch mache.

Beide Forderungen werden erfüllt werden. Der Zentralrat, der die oberste revolutionäre Gewalt verkörpert, wird endgültig entscheiden und seine Entscheidung, an der die Vertreter des ganzen Reiches mitwirken werden, wird Anerkennung finden. In der Zwischenzeit aber werden die notwendigen Maßnahmen einer sozialistischen Politik unverzüglich getroffen werden. Vor allem werden die unumgänglichen und unaufschiebbaren finanziellen Maßnahmen getroffen werden. Besch-

Es gilt!

feuern, unter denen die Vermögensabgabe als Hauptstütze bilden dürfte, werden die Reichseinnahmen vermehren und der Regierung die Mittel geben, die Maßnahmen durchzuführen, die für die Wiederbelebung der Wirtschaft, die Durchführung der Demobilisation, die Unterstützung der Arbeitslosen nötig sind. Ebenso ist die Regierung entschlossen, die Sozialisierung neuer Produktionszweige, die dafür reif und geeignet sind, unverzüglich in Angriff zu nehmen.

Unter diesen Umständen lassen sich unsere Vertreter dem Problem gegenüber, ob sie wegen der Terminfrage, deren endgültige Entscheidung dem Zentralrat überlassen wird, ihre Mitarbeit in der Regierung aufgeben wollten oder nicht. Es kann unseres Erachtens keinem Zweifel unterliegen, daß sie sich, wenn sie sich der Mitarbeit an einer Regierung entzogen hätten, die von den Massen als eine rein sozialistische betrachtet wird, sie sich und unsere Partei zu der Massenstimmung in Widerspruch gebracht hätten. Und dies, ohne an dem schließlichen Resultat etwas zu ändern. Denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Forderung nach Einberufung der Nationalversammlung in diesem Stadium der Revolution von der großen Mehrheit der Vertreter der Revolution, der Arbeiter- und Soldatenräte, getragen ist. Sich aber in Gegensatz zu den Trägern der Revolution bringen, hieße die Kraft der Ereignisse außerordentlich schwächen, hieße gerade diejenige Macht verringern, die bisher die vorwärtstreibende und vorantreibende gewesen ist, sowohl in der Regierung als außerhalb derselben.

Die Entscheidung des Rates der Volksbeauftragten ist eine provisorische. Aber wir müssen uns darüber klar sein, daß, wie die Dinge heute liegen, der Zentralrat den vorläufigen Termin wohl bestätigen dürfte. Auch diejenigen unter uns, die eine längere Diktatur der Räte wünschen, werden erkennen müssen, daß eine Diktatur gegen den Willen der Diktatoren eine Unmöglichkeit ist.

Die Partei muß diese Situation klar ins Auge fassen und danach handeln. Die Zeit ist kurz, kürzer als sie hätte sein sollen. Umso intensiver muß sie ausgenutzt werden: Von der Regierung, indem sie durchgeföhrt, was sich aus sozialistischen Maßnahmen durchführen läßt, von der Partei, indem sie alles anwendet, um die Massen aufzuklären, zu organisieren, für eine entschiedene sozialistische Politik zu gewinnen. Unterdessen aber bereitet die Entwicklung der Revolution fort: auch die Einberufung der Nationalversammlung bildet nur eine ihrer Entwicklungsschritte. Die Weiterentwicklung der Revolution wird die Partei vor neue große historische Aufgaben stellen, nicht geringer als die, die sie im ersten Stadium der Revolution, deren Träger sie ist, erfüllt hat.

Sitzung des Volksrates.

Der Volksrat trat heute nachmittags um 5 Uhr zu einer Sitzung zusammen. Der Antrag eines Mitgliedes über die Einsetzung einer Kommission zur Regelung der Forderung der Frontsoldaten wird angenommen. Weiter wird beschlossen, für sämtliche Militärpersonen die Wagenkässe auf der Eisenbahn aufzuheben. Ein dritter Beschluß beschäftigt sich mit der Klärung der Stellung der Soldatenräte zu den Kriegesgerichten.

Aus Köln ist ein Delegierter des Arbeiterrates amfahrend, der über Pläne der rheinischen Bourgeoisie, besonders der Schwerindustriellen, berichtet, die aus Furcht vor den Steuerläsen und der Sozialisierung, die Rheinlande an Frankreich anzuwerfen möchte.

Ein Mitglied des Volksrates erklärt, daß es Material dafür bestimme, daß schon 1918 bekannte rheinische Großindustrielle in Gemeinschaft mit hohen katholischen Geistlichen in Bern mit Entschiedenheit der Antente verhandelt haben über einen Zusammenbruch der Rheinprovinz, Elch-Vorbringen und sogar Süd-Deutschland unter französischem Protektorat. In der Diskussion wird hervorgehoben, daß dies dieselben bürgerlichen Kreise seien, die jahrelang sich nicht genug um Immission in Annerkennung für Deutschland; wer die kapitalistische Seele kennt, den nehme dies Titel-Wortel nicht weiter Wunder.

Zur Beilegung gelangte ein Punkt aus dem russischen Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Tschitcher'in, daß Russland seinen Truppen Befehl gegeben habe, jeden Kontakt mit deutschen Truppen zu vermeiden, und von der deutschen Republik dieselbe Stellung erwartet werde. Russland hoffe, alle Rippenstände bald zu beilegen. Ferner ist von dem Delegationsmitglied der russischen A. und S.-Räte ein Punkt aus eingegangen, daß zu dem Kongreß der deutschen A. und S.-Räte am 16. Dezember eine russische Delegation eintrifft wird, die über die Lage der russischen Revolution berichtet und sich über den Stand der deutschen Revolution informieren soll. Der Volksrat beschließt, durch Zuspruch die Delegierten willkommen zu heißen.

Der Volksrat beschließt ferner, die Regierung anzufragen, ob sie bereit ist, die Rückführung der deutschen Truppen aus der Ukraine inslicht beschleunigt wird, ohne daß irgendwelche politischen Gründe die Befehle ganz oder teilweise an Ort und Stelle befehlen werden!

Der Volksrat beschließt ferner die Errichtung von vier Abteilungen (Büros). Die erste Abteilung soll sich mit der Reichspolitik befassen. Sie setzt sich zusammen aus acht preussischen Mitgliedern, acht Vertretern der übrigen Bundesstaaten und drei Mitgliedern der O.-Westfront und Marine. Die zweite Abteilung behandelt die preussischen Angelegenheiten und setzt sich zusammen aus neun Mitgliedern des Volksrates. Die dritte Abteilung wird gebildet aus sieben Mitgliedern für ausschließlich Groß-Berliner Angelegenheiten. Die vierte Abteilung, bestehend aus vier Mitgliedern, behandelt die internen Angelegenheiten des Volksrates. Diese vier Abteilungen arbeiten selbstständig, jedoch müssen sie besonders wichtige Fragen dem Plenum zur Beschlußfassung vorlegen. — Schluß 9 Uhr.

Gegen die Nationalversammlung.

Bremen, 20. November. In einer Demonstrationssammlung, die seitens der Kommunisten einberufen war, schlug vorwiegend sozialistische Anieße der Versammlung nachfolgende Forderungen vor: Die bremische Arbeiterschaft erklärt sich gegen die Erwerbung der Nationalversammlung und für die proletarische Diktatur. Die bremische Arbeiterschaft fordert die vollständige Entlassung des Bürgermeisters und die Besetzung des Industriellen Protektorats. Sie fordert die Übernahme der „Bürgerzeitung“ durch den Arbeiterrat. Sie fordert weiter die Besetzung der Reichsversammlung durch einen Vertreter der Unabhängigen und einen Vertreter der Antikommunisten. Nach einer Sitzung des A. und S.-Rates gab nach folgenden, sehr energiegeladen Reden, in deren Verlauf der Soldatenrat erklärte, daß er sich der Abstimmung enthalten werde, Johann Gosselt dankte auf wiederholtes förmliches Drängen der auf dem Markt versammelten Volksmenge folgendes Bittgesuch: „Ich habe den ersten Schritt der Forderungen, die Einberufung der Nationalversammlung, und es stimmen gegen die Nationalversammlung 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.“

Vor ungeheure Aufgaben hat uns der Sieg der Revolution gestellt. Schwere Kämpfe stehen noch bevor, um die Errungenschaften des 9. November zu befestigen.

Die Tagespresse erscheint in dieser bedeutungsvollen Zeit wichtiger denn je, und notwendiger denn je ist es für jeden Arbeiter, daß er zu seiner Beratung ein Blatt hat, das erschlossen und rücksichtslos die Sache der Revolution vertritt, ihre Gegner bekämpft und die Mittel und Wege zur Befestigung und zum Ausbau der sozialistischen Republik weist.

Nach dem Raub des „Vorwärts“ zwei Jahre lang ohne ein tägliches Blatt, das gewillt war, die Interessen des Proletariats im Sinne der alten Sozialdemokratie wahrzunehmen, haben die Arbeiter Berlins sich in den ersten Novembertagen mit der Eroberung der politischen Macht auch die Möglichkeit erlangt, wieder eine Tageszeitung in ihrem Sinne erscheinen zu lassen. So erscheint seit dem 9. November zweimal täglich als Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

„Die Freiheit“.

Die Aufgabe dieser Gründung erfordert nun aber auch, daß jeder das Blatt unterstützt, jeder es fördert, jeder das seinige dazu beiträgt, es in immer weiteren Kreisen zu verbreiten.

Wer die „Freiheit“ noch nicht bestellt hat, der hole das nunmehr sofort nach! Wo immer jemand mit Kollegen, mit Genossen, mit Freunden und Bekannten zusammenkommt, verweise er auf das Blatt und werbe dafür Abonnenten!

Bürgerliche Zeitungen haben im Arbeiterhaushalt nichts zu suchen. Auch das Blatt der Sozialdemokratischen Partei gehört nicht in eine Arbeiterwohnung. Nämlich sollte doch jeder klar erkannt haben, was er von diesen Blättern zu halten hat. Man erinnere sich nur an die Haltung, die sie während des Krieges eingenommen haben. Wohl suchen sie sich jetzt mehr oder weniger auf den Boden der neuen Verhältnisse zu stellen. Aber das kann doch nur beweisen, daß sie ihr Rüstelchen nach dem Winde zu drehen wissen. Das kann nur eine Aufforderung mehr an die Arbeiter sein, sich nicht ihrer Führung anzuvertrauen, sondern das Blatt einer Partei zu wählen, die stets und ständig, auch während der Zeit ärgster Kriegsverwirrung, den Gedanken der internationalen Verständigung hochhält, den Kampf gegen die mit dem Fing der Kriegsschuld beladenen herrschenden Klassen fordert und nicht eher ruht, als bis die siegreiche Revolution mit der alten Zeit gründlich aufräumt.

Was Inhalt und Ausgestaltung der „Freiheit“ anlangt, so wird sie es mit jedem anderen Organ Berlins aufnehmen. Das Bestreben der Redaktion wird es überdies sein, ihr Blatt noch immer mehr auszugestalten, so weit die schwierigen Verhältnisse, der Mangel an Papier, die Unmöglichkeit mancher Postverbindungen usw., es eben gestatten.

Auch die Zustellung ins Haus wird vom 1. Dezember an regelmäßig erfolgen können. Der Preis des Blattes — bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2 Mark — ist so niedrig gehalten, daß jeder Arbeiter ihn bestreiten kann.

Deshalb bestelle jeder sofort, werbe jeder unter seinen Freunden Leser, suche jeder nach Kräften dem Blatt Verbreitung zu verschaffen. Arbeit, die in diesem Sinne geleistet wird, kommt der Bewegung zugute, hilft jedem einzelnen in seinem Kampf um Freiheit und Rechte, um die Sicherung seiner gelunden Existenz, um die Festhaltung und den Ausbau der Errungenschaften der Revolution!

Redaktion und Verlag der „Freiheit“.

Stimme abgegeben. In Punkt 2 der Forderungen wurden 100 Stimmen dafür, 19 dagegen abgegeben. In Punkt 3 stimmten 80 dafür, 81 dagegen. Schließlich wird noch die Einsetzung einer Kommission zur Vorbereitung über die Neuwahl des Arbeiterrates beschlossen.

Schwerindustrie und Vaterland.

Die erste deutsche Reichskongress hat die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands ein bringendes Gebot genannt. Alle deutschen Stämme seien geschlossen zur deutschen Republik. Sie verpflichten sich, entschieden im Sinne der Reichseinheit zu wirken und separatistische Bestrebungen zu bekämpfen.

Während so die Vertreter des arbeitenden deutschen Volkes zum Reiche stehen, sucht ein Teil der deutschen Schwerindustrie vom Reiche loszukommen. Die separatistischen Bestrebungen zeigen sich bei denen, die während des Krieges nicht laut genug ihre Vaterlandsliebe betonen konnten. Solange das Deutsche Reich, ihnen Kriegsaufträge gab, solange sie Millionenprofite erzielen konnten, waren sie reichlich. Sie hofften, daß diese Profite auch nach dem Kriege nicht aufhören würden, daß die Steuerlasten die Kriegsgewinne nicht annulieren würden. Jetzt aber beginnt die Sozialisierung und beginnt die Abtragung der ungeheuren Kriegslasten, zu denen auch die Entschädigungen gehören, die wir insolge der Kriegshetze der Schwerindustrie bezahlen müssen.

Vor dieser Sozialisierung und vor diesen ungeheuren Verpflichtungen möchte sich die Schwerindustrie retten. Ihr Vaterlandsgelübde beginnt sich zu verflüchtigen, die Treue zum Reich wankt und sie tendieren nach Westen, wo sie das Mal mitern. Die Idee einer Rheinrepublik unter französischem Protektorat, die Begründung eines von Deutschland unabhängigen Staates der Schwerindustrie, jedenfalls die spezielle Loslösung von der Profitbedrängung, das ist augenblicklich die Hauptfrage schwerindustrieller Kreise. Es gibt nichts mehr zu rufen, Deutschland rüfte; es, jetzt auch bezahlt werden, jetzt wird verstaatlicht und so verlagert die Bundesliebe, Recht und innerer Internationalismus herbei, der

Wettlauf vaterlandlos ist, weil er dem Lande die Kräfte entzieht. Drüber müßt jenen ein größeres Glück, ein bequemerer Dasein. Sie können bei den niedrigeren Lebensmittelpreisen die Köpfe drücken und die Arbeiterfrage damit auf ihre Weise lösen. Sie brauchen sich nicht, so denken sie wenigstens, vor einer schnellen Sozialisierung zu fürchten und erhalten nach ihrer Meinung die Bestätigung zuzufügen, die sie im Frieden in Frankreich erworben hatten, und die im Kriege von der französischen Regierung zwangsläufig werden sind.

Wer die Seele dieser Leute kennt, der ist nicht erstaunt, über ihr Geschäftspotential, das lediglich nach dem Gewinne geht. Als vor ungefähr zehn Jahren der preussische Kaiser eine scharfe Kohlensteuer erzwang, erklärte August Thyssen: „Fürher des preussischen Staat diese Kohlensteuer ein, so verlege ich meine Wohnstube nach Paris, werde Franzose und dirigiere von Paris auf meine deutschen Geschäfte.“ Als der Krieg kam, wurde dieser Profitinternationalismus mit Phrasen überändert und jetzt, da der Nationalkrieg kommt, sollen die Vorfahren und der Profitinternationalismus tritt wieder in seiner ganzen Nacktheit hervor. Er ist um so gefährlicher für die Reichseinheit als er anscheinend im Kleinen einen Verbündeten findet. Wenn nicht alles trügt, erhofft der Klerus eine Auslösung des Vatikan mit Frankreich. Die Konsequenzen ergeben sich von selbst.

Die deutschen Arbeiterregierungen, alle die Vertreter der arbeitenden Klassen, die energisch für die Reichseinheit eingetreten, müssen sich gegen diese separatistische Bestrebungen wehren. Denn sie bedürfen damit nicht mehr und nicht weniger als die Befehle einer Produktionsverwaltung, die die Sozialisierung internationalistisch erschweren würde. Man muß die Geschäftinternationalisten sofort veranlassen, Farbe zu bekennen. Es sollen jetzt erwachen, daß sie nicht nur das Reich gemeinen, sondern auch im Reiche dulden wollen. Sie sind nicht besser als der Arbeiter, der für den einzigen Sozialstaat Deutschland arbeitet und der nicht daran denkt, die große Aufgabe treulos im Stich zu lassen.

Wie gegen uns gedämpft wird.

Die neugebildeten deutschen „Demokraten“ rüsten mit aller Macht. Sie mobilisieren ihre Kräfte gegen die unabhängige Sozialdemokratie. In welchen schamlosen Mitlein sie greifen, zeigt folgender Aufruf, der uns zugegangen ist:

Deutscher demokratischer Verein für Schöneberg (Gründer „Liberaler Verein für Schöneberg“.) Berlin-Schöneberg, 24. 11. 1918.

Streng vertraulich! Dieser Zettel ist sofort zu vernichten! Geheimes Mitglied!

Heute, Sonntag, vorm. 11 Uhr, findet in der

Schloßparkerei

in Schöneberg, Hauptstraße 121, eine öffentliche Versammlung der unabhängigen Sozialdemokraten statt. In der von den Anhängern der Spartakusgruppe sprechen wird. Es sollen Beschlüsse gefaßt werden, die direkt verhängnisvoll für unsere Entwicklung werden. Um solche Beschlüsse zu verhindern, bitten wir Sie, diese Versammlung bereits eine halbe Stunde vor Beginn zu besuchen und den Saal möglichst voll zu besetzen. Von uns ist ein Redner bestimmt, der durch seine scharfe Kritik zu unterstützen ist. Ein zweiter Redner darf nicht auftreten; vielmehr sind die Redner der Mehrheitssozialisten (Richtung Scheidemann) zu unterstützen.

Eine Entschließung der Unabhängigen Sozialdemokratie ist abzulehnen.

Wir erwarten, daß jedes Mitglied unserer Aufforderung zum Besuch der Versammlung nachkommen und zuverlässige Bekannte mitbringen wird.

Mit deutschem demokratischem Gruß Der Vorstand. J. K. Sobel.

Der Unterzeichner des obenstehenden Winkes, Herr Sobel, ist freiständiger Stadtverordneter in Schöneberg, wo er eine „führende“ Rolle in der Kommunalverwaltung spielt. Am pikantesten an seinem Anruf ist die Aufforderung, die Redner der Mehrheitssozialisten gegen die Unabhängigen zu unterstützen. Die „Demokraten“, die zu den oben dargelegten Methoden der Föschung der öffentlichen Meinung greifen werden schon wissen, weshalb sie die Scheidemannier gegen die Unabhängigen Sozialdemokratie unterstützen.

Im übrigen zeigt der Aufruf mit aller Klarheit, wessen wir bei den bevorstehenden Kämpfen gewärtig sein können. Gegen uns markiert mit allen Mitteln der Heimtücke und Gemeinheit die Bolong der Besitzenden auf. Die Früchte der Revolution sind in Gefahr, wenn wir ihnen nicht den fest organisierten Willen des arbeitenden Volkes gegenüberstellen!

Die Teuerungszulagen im Kriegsministerium.

Der Soldatenrat im Kriegsministerium bläst um Aufnahmefähigkeit nachfolgender Mitteilung:

In der Abendausgabe vom Donnerstag, den 28. 11., bringen Sie unter dem Titelwort „Neue Zustände“ eine Notiz, die sich mit einer den Beamten und Offizieren bewilligten Kriegsteuerungszulage befaßt. Sie weisen hierbei die Frage auf, ob diese neue Teuerungszulage im Einklang mit dem Arbeiter- und Soldatenrat des Kriegsministeriums ausgezahlt werde. Der Soldatenrat des Kriegsministeriums bemerkt hierzu, daß er gegen die beschriebene Auszahlung der Teuerungszulage sofort schriftlichen Protest eingelegt hat, und zwar ohne Rücksicht darauf, daß er in diesem Protest die Grenzen seiner Zuständigkeit überschreite, da er ja nur dazu berufen ist, die Interessen der Soldaten des Kriegsministeriums zu wahren, während es sich bei der beschriebenen Teuerungszulage um Beamte und Offiziere des gesamten Reichsgebietes handelt. Ein gleicher Protest ist auch seitens des Arbeiterrates des Kriegsministeriums eingelegt worden. Der Erfolg dieser Proteste wird, soweit sich die Sachlage übersehen läßt, der sein, daß die beschriebene Teuerungszulage nicht zur Auszahlung gelangen wird, jedenfalls nur in einer Form, die eine gleichmäßige Berücksichtigung aller bei der Auszahlung beteiligten Personen im Beamtenstellen Verzeichnis.

Neben den endgültigen Verlauf wird der Soldatenrat Mitteilung machen.

Wir freuen uns, daß der A. und S.-Rat des Kriegsministeriums schnell und energisch eingegriffen und es verhindert hat, daß das von uns aus nicht gezogene Bündnis zur Ausföschung gelangt.

Erreichtes und Bestrebt

Aus dem preussischen Kultusministerium erfahren wir über die Resultate der Arbeit des Reichsausschusses:

A. Allgemeines.

1. Die Trennung von Kirche und Staat ist grundsätzlich ausgesprochen, eine Denkschrift ist ausgearbeitet, eine Kommission wird vorbereitet.
2. Religion ist nicht mehr Prüfungsfach. Die Einführung eines konfessionslosen Moralunterrichts wird vorbereitet.
3. Die geistliche Oberschulaufsicht ist aufgehoben.
4. Die nebenamtliche Kreisfachinspektion durch Geistliche ist aufgehoben. Sämtliche Stellen für Kreisfachinspektoren sind künftig hauptamtlich.
5. Die gemeinsame Erziehung von Knaben und Mädchen ist in einzelnen Fällen schon jetzt erfolgt.
6. Lehrer und Schüler erhalten Selbstverwaltungsbefugnisse.
7. Jeglicher Chauvinismus ist aus dem Unterricht, ebenso aus dem Geschäftsunterricht, verbannt.
8. Preußen wird den Zusammenschluss einer Reichsschulinspektion beantragen.
9. Die Einheitsschule ist gesichert. Mit dem Abbau der Landes- (Vorschule) wird sofort begonnen.
10. Das Volkswort wird seines autoritären Charakters entledigt und in kollegialem Sinne ausgeübt.
11. Die Schulbehörden sind angewiesen, die Erörterungen schul- und kulturpolitischer Gegenstände im Geiste der neuen Zeit unter den Lehrerverbänden, auch auf amtlichen Konferenzen anzuregen und zu fördern.
12. Im Kultusministerium sitzen als Angehörige der Sozialdemokratie: zwei Minister, ein Unterstaatssekretär, ein Vortragender Rat, zwei Beiräte.
13. Mit Vorlämpfen der neuen Bewegung im Lande wird Fühlung genommen. Ein Verzeichnis geeigneter Kandidaten bei Erneuerung des Beamten- und Lehrkörpers wird angestrebt.
14. Das Abiturientenexamen wird umgestaltet. Die Examina werden vermindert.
15. Das preussische Kultusministerium erhebt Anspruch auf einen Teil der beschlagnahmten königlichen Schiffe, zum Zwecke der Volkserziehung (Landerschulungsheime, Internate, pädagogische Lehrerseminare, Museen, Volkshochschulen).
16. Die Jugendpflege ist ihres militärischen Charakters entledigt worden.

B. Lehrer.

17. Kein Lehrer darf mehr zur Stellung von Religionsunterricht gezwungen werden.
18. Beim Kriegsmilitärministerium ist beantragt worden, alle Lehrenden sofort aus dem Militärverhältnis zu entlassen.
19. Arbeit für Arbeitswillige. Sofortige Beschaffung von Beschäftigung für die aus dem Felde zurückkehrenden Lehrer durch Verkleinerung der Klassen, Besetzung aller bisher unbesetzten oder ersparten Stellen und Einrichtung von Sonderkursen (Kriegsheimkehrer).
20. Der Annette-Erlass des Justizministers wird sinngemäß auf die disziplinarisch bestraften Lehrer angewendet.
21. Wegen ihrer politischen oder religiösen Überzeugung Gemahrgelagte sind wieder einzustellen.
22. Die Lehrer senden Vertreter in die Regierung und in die Schulaufsicht. Der sozialistische Lehrer Wenzel ist als Vortragender Rat in das Kultusministerium berufen worden.
23. Zu Kreisfachinspektoren sollen bewährte Lehrer auch ohne besondere Examina berufen werden.

C. Universitäten.

24. Hervorragende wissenschaftliche Vertreter des Sozialismus und anderer bisher systematisch ferngehaltener Lehrentwicklungen sollen auf akademische Lehrstühle berufen werden.
25. Das in großem Stille auszubauende Volkshochschulwesen wird in organische Beziehung zu Schule und Hochschule gesetzt.
26. Die Reorganisation der technischen Hochschulen erfolgt in enger Verbindung mit den Universitäten.
27. Die soziale, rechtliche und finanzielle Stellung der Privatdozenten soll gehoben werden.
28. Die akademische Lehrfreiheit wird von den letzten Fesseln befreit.
29. Lehrstühle und Forschungsinstitute für Soziologie werden eingerichtet.

D. Allgemeine Kulturbestrebungen.

30. Das Theaterwesen untersteht dem Kultusministerium. Eine Theatergenossenschaft besteht nicht mehr.
31. Für die aus dem Felde zurückkehrenden Beschäftigten sollen Künstler und Schriftsteller nach Arbeitslosigkeit und nötigenfalls Unterstützung bereitgestellt.
32. Das Ausstellungswesen wird im Verein mit den Organisationen der Künstler aller Richtungen neu geregelt.
33. Die ehemaligen königlichen Bühnen werden Nationaltheater, desgleichen die Poststellen zu Nationaltheatern.

Die Lage in Polen.

Freitag morgens fand eine Sitzung der Reichsleitung statt, der auch Genosse Breitscheid und Herr v. Gerlach vom preussischen Ministerium des Innern, ein Vertreter des Kriegsmilitärministeriums, des Oberpräsidiums in Posen und des stellvertretenden Generalkommandos, des polnischen Volksrates, des westpreussischen Arbeiter- und Soldatenrates sowie der frühere Abgeordnete Trompinski beizuhören.

Es wurden die allgemeinen Verhältnisse in Preussisch-Polen besprochen und festgestellt, daß die Verhältnisse über Kämpfe zwischen Deutschen und Polen stark übertrieben seien. Es ist im allgemeinen in der Provinz Posen nicht mehr vorgekommen, wie in anderen Provinzen, nur daß die Verhältnisse weniger sozialen als nationalen Charakter hatten. Bedenken erregt bei den Polen nach wie vor das Vorhandensein des H. C. A. Heimatschutz Ost. Es wird jedoch vom Kriegsministerium der Name geändert werden in Zentralkomitee für den Grenzschutz im Osten und dadurch auch zum Ausdruck gebracht werden, daß nicht politische Absichten damit verfolgt werden. Zweck dieser Zentralkomitee ist nur, die Ueberführung der Truppen im Osten nach Deutschland sicherzustellen.

Es gelangte auch die Einberufung des polnischen Landtages, der am 2. Dezember zusammenzutreten soll, zur Sprache. Diese Landtag ist nach polnischen Angaben kein Landtag, sondern eine Behörde, die eine Vertretung der polnischen Organisation im Osten hat, den obersten Volksrat gewissermaßen. Die Wahlen haben bereits größtenteils stattgefunden. Der Landtag wird drei Tage zusammenkommen. Die Wahlen verlaufen, sich die Ruhe in letzter Weise

gehort worden wird und daß sie nicht daran denken, irgendwelche vollendete Tatsachen zu schaffen.

Unsere Vertreter stellten sich auf den Standpunkt, daß von deutscher Seite nicht etwa gewaltsam vorgegangen werden dürfe, sondern eine Verständigung mit den Polen gesucht werden sollte.

Unterjochung der Kriegsverwundeten.

Die Deutsche Regierung hat durch Vermittlung der Schweizer Regierung folgende Note an die englische, französische, belgische, italienische und amerikanische Regierung übermittelt:

Für die Vorkriegszeit des Weltkriegs, für die Schaffung dauernder Sicherheiten gegen künftige Kriege und für die Wiederherstellung des Vertrauens der Völker untereinander erscheint es dringend geboten, die Vorkriege, die zum Kriege geführt haben, bei allen kriegführenden Staaten und in allen Einzelheiten aufzuklären. Ein vollständig wahrheitsgemäßes Bild der Verhältnisse und der Verhandlungen zwischen den Mächten im Juli 1914 und der Schritte, welche die einzelnen Regierungen in dieser Zeit unternommen haben, müßte und würde nicht nur beitragen, die Mauern des Hasses und die Mißverständnisse niederzureißen, die während des langen Krieges zwischen den Völkern errichtet worden sind. Eine gerechte Würdigung der Vorgänge bei Freund und Feind ist die Vorbedingung für die künftige Verständigung der Völker, ist die einzige mögliche Grundlage für einen dauernden Frieden und für den Ruhm der Völker.

Die Deutsche Regierung schlägt daher vor, daß eine neutrale Kommission zur Prüfung der Frage der Schuld am Kriege eingesetzt werde, die aus Männern bestehen soll, deren Charakter und politische Erfahrung einen gerechten Urteilspruch gewährleisten. Die Regierungen sämtlicher kriegführenden Mächte müßten sich bereit erklären, einer solchen Kommission ihr gesamtes Urkundematerial zur Verfügung zu stellen. Die Kommission soll befugt sein, alle jene Persönlichkeiten zu vernehmen, die zur Zeit des Kriegsausbruches die Verhältnisse der einzelnen Länder bestimmt haben, sowie alle Angaben, deren Aufklärung für die Sühne der Völker von Nutzen ist.

Die Verluste der sächsischen Armee.

Dresden, 29. November. Auf Grund der bis Ende November von den Truppenteilen und Behörden eingegangenen veröffentlichten Meldungen sind die Gesamtverluste der sächsischen Armee auf allen Kriegsschauplätzen folgende: Gefallen von Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften: 100 858, verwundet 294 824, ermordet 18 052. Unter den Gefallenen sind auch die infolge Krankheit und Unfalls im Felde und in der Heimat verstorbenen Militärpersonen aufgeführt. Die Verwundeten-Ziffer stellt nicht die Anzahl der verwundeten Personen, sondern die Zahl der Verwundungsfälle dar. Leute mit mehrmaliger Verwundung sind also mehrfach gezählt. In der Gesamtzahl sind enthalten 87 012 Personen, die sich in feindlicher Gefangenschaft befinden und 10 040 wirklich Vermisste, die größtenteils den Gefallenen hinzugerechnet werden können.

Der Rückmarsch im Westen.

Düsseldorf, 29. November. Der kommandierende General des 4. Armeekorps hat heute demissionen den Befehl über sämtliche auf dem Straßen Rachen-Düsseldorf, Völsam-Münster und Düsseldorf-Essen-Gelsenkirchen-Bochum zurückziehenden Truppen der 4. Armee übernommen. Die Truppen sind angewiesen, die militärische Ausrüstung und Erhaltung in bestmöglicher Weise zu erhalten, der Zivilbevölkerung mit Rücksicht auf die Quartiergebern und die Verhältnisse der Quartiere in Düsseldorf, wo zur Zeit völlige Ruhe herrscht, soll den Angehörigen des freiwilligen Regiments des Arbeiter- und Soldatenrats bei der Ausübung ihres Dienstes keinerlei Schwierigkeit bereitet werden. Nach einem Dank für die bisher gewährte gastliche Aufnahme wird die Erwartung ausgesprochen, daß die besonnenen Elemente der Bürgerschaft ihren ganzen Einfluss dahin geltend machen, daß die Offiziere und Mannschaften von Verleumdungen und unbesonnenen Reden verschont bleiben.

Essen, 29. November. Die 4. Armee, die Duisburg und Wesel über den Rhein zieht, zieht in unabsehbarer Reihen über Oberhausen, Wesel und Vocholt weiter nach Westfalen. Alle Städte und Dörfer des Rheinlandes tragen reichen Pfannkuchen und Klumenschmud, und die Petrovner begrüßen die heimkehrenden Krieger aus herzlichster und reichen ihnen Gefährungen und Klumen.

Generalmajor Freiherr v. Manthey, der bei seinem Aufenthalt in Wesel mit dem vorliegenden K. u. S.-Rat in Differenzen geraten war, hat sich verabschiedet, sein Amt niederzulegen.

Erklärung der süddeutschen Soldatenräte.

Die süddeutschen Delegierten in der Sitzung der Berliner Soldatenräte vom 28. November senden uns in Ergänzung unseres Berichtes folgende Erklärung:

Der Delegierte des Landesausschusses der K. u. S.-Räte von Baden und die Delegierten von Württemberg erklären, daß sie den Eindruck haben, daß nicht der bisherige Vorkriegsausschuss, mit dem sie in Reichsangelegenheiten zusammengearbeitet haben, sondern die Groß-Berliner Soldatenräte terroristisch auftreten.

Der Vertreter Bayerns, der bisher zu demselben Zweck hier war, ist mit diesem Eindruck fortgegangen, und wird in diesem Sinne in Bayern berichten.

Wir werden die Folgerungen aus diesem Verdacht der Berliner K.-Räte ziehen und verlassen die Versammlung unter Protest.

Stager, Lemke, König.

Die Mehrheitspartei zur Frage der Nationalversammlung.

Der Parteiausschuss der Mehrheitspartei, der am Donnerstag zu einer Beratung zusammentrat, faßte einstimmig folgenden Beschluß:

Der Parteiausschuss der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erklärt:

Für die politische Gleichberechtigung aller Volksgenossen hat die deutsche Sozialdemokratie seit einem halben Jahrhundert gekämpft. Sie erblickt in dem abstrakten, gleichem, direkten und geheimen Wahlrecht aller erwachsenen Männer und Frauen, getreu der seit langer Zeit vertretenen Auffassung, die wichtigste politische Errungenschaft der Revolution und zugleich das Mittel, die kapitalistische Gesellschaftsordnung nach dem Willen des Volkes in planmäßiger Arbeit zur sozialistischen Umgestaltung zu wandeln.

Indem die Partei ihre Entschlossenheit ausdrückt, die Errungenschaften der Revolution gegen alle gegenrevolutionären Bestrebungen bis aufs Letzte zu verteidigen, wendet sie sich zugleich mit Entschiedenheit gegen alle, die dem deutschen Volke das Selbstbestimmungsrecht vorenthalten wollen, sei es auch unter dem Vorwand, es durch die Diktatur gegen seinen eigenen Willen begünstigen zu können.

Die sozialdemokratische Partei fordert die schleunigste Einberufung der Nationalversammlung; sie ist jeden Tag bereit, dem Volke über ihre bisherige Tätigkeit Rechenschaft zu geben und erwartet mit Zuversicht sein Urteil.

Die Massen im Reiche werden aufgefordert, für die schleunigste Einberufung der Nationalversammlung zu wirken und durch rastlose Aufklärungsarbeit den Sieg der Demokratie und des Sozialismus zu sichern.

Weiter gibt der Parteiausschuss einstimmig folgende Erklärung ab:

Der Vorkriegsausschuss des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrats München hat in einer Entschließung den Vorkriegsausschuss Berlin aufgefordert, den Sturz der Reichsregierung herbeizuführen, wenn sie weiterhin einer Reihe von Personen eine entsprechende Stellung einräumt, unter denen auch Scheidemann und David genannt werden. Der Vorkriegsausschuss München scheint ganz übersehen zu haben, daß die Bildung der bestehenden Regierung auf einer Verabredung der beiden sozialdemokratischen Parteien beruht, die von den Arbeitern und Soldatenräten Groß-Berlins mit einer an Einflanzigkeit grenzenden Mehrheit bestätigt worden ist. Es liegt auf der Hand, daß keine der beiden sozialdemokratischen Parteien es wagen kann, daß ihr das Recht, ihre Vertrauensmänner selbst zu bestimmen, entzogen wird. Der Versuch, den einen oder anderen von ihnen aus der Regierung zu entfernen, muß daher die Abmachung der beiden Parteien erschüttern.

Der alte und der neue „Vorwärts“.

Auf der Suche nach Mitschuldigen ist der „B.“ auf die unglückliche Idee verfallen, die frühere Vorwärtsredaktion zu befeindigen, auch sie sei im August 1914 kriegsbegeistert gewesen. Der „B.“ muß wissen, daß das Gegenteil wahr ist, daß die damalige „B.“-Redaktion den Krieg bis zur letzten Wimper bekämpfte, daß sie die Schuld der deutschen Regierung von Anfang an erkannt und die Bewilligung der Kriegskredite für einen Verstoß mit den sozialistischen Prinzipien und eine schwere Schädigung der Partei betrachtet habe. Deshalb ist sie auch von Anfang an von der Mehrheit des Parteivorstandes und der Generalkommission befeindet worden, die alles taten, um eine andere Haltung der Redaktion zu erzwingen. Der „B.“ muß schon anderswo suchen, und wird er in seiner Gesellschaft nicht finden.

Kein Rücktritt Scheidemanns.

Der „Vorwärts“ dementiert die Nachricht des „Köln-Anzeigers“, daß Scheidemann sich mit Rücktrittsabsichten trage. An dieser Nachricht sei nicht das geringste wahr. Scheidemann sei nicht als Person, sondern als Vertrauensmann seiner Partei in die Regierung eingetreten und sein Rücktritt würde bedeuten, daß seine ganze Partei sich von der Regierung zurückziehe.

Aufschwung der sozialistischen Bewegung in Frankreich.

Genf, 29. November. In der sozialistischen Presse Frankreichs spiegelt sich immer stärker der Einfluß revolutionärer Ideen wieder, und die führenden Organe erheben dringend den Ruf nach der Reorganisation des französischen Wirtschaftslebens auf sozialistischer Grundlage. Das „Journal du Peuple“ fordert die Regierung auf, keine halbe Arbeit zu leisten. Die französische Arbeiterklasse wüßte keine Maßnahmen, von denen doch nur die Bourgeoisie den Vorteil hätte. Das französische Proletariat fordere die Sozialisierung der Produktionsmittel und des Handels. Auf dieses Ziel müßten alle seine Handlungen eingeleitet werden, denn es sei das einzige Mittel, Europa aus der Katastrophe zu retten, in die es der Krieg gebracht hat. Es wäre ein Verstoß gegen den Sozialismus und die Arbeiterklasse, wenn man sie daran hindern würde, ihr Recht auf die Ausübung einer absoluten Herrschaft wahrzumachen. Wenn es notwendig sein wird, die Diktatur des Proletariats aufzurufen, dann wird es geschehen, denn die Arbeiterklasse ist jetzt an der Reihe zu herrschen.

Ein die

Expedition „Die Freiheit“

Druckstraße

Berlin NW 6

Ediffenauerdamm 19.

Die neue Arbeitszeit in den Bäckereien.

Die Arbeitszeit und die gesamten Arbeitsverhältnisse in den Bäckereien und Konditoreien werden durch eine Verordnung des Reichs der Volksbeauftragten vom 22. November 1918 neu geregelt und grundlegend geändert. Zunächst wird die Nachtarbeit beseitigt, denn in Zukunft darf in den Bäckereien und Konditoreien in der Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens nicht gearbeitet werden. Um den besonderen dringlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen, ist vorgesehen, daß die Landesregierungen eine Verschiebung der Lage dieser Ruhezeit um eine Stunde zulassen können, d. h. daß die Arbeit schon um 9 Uhr morgens beginnen kann, wenn sie abends zuvor um 9 Uhr abgeschlossen ist. Die dauernde Nachtarbeit in den Bäckereien, die in Deutschland erst im vergangenen Jahrzehnt ziemlich allgemein eingeführt wurde, ist schon lange als ein Krebsgeschwür dieses alten Gewerbes erkannt und zwar nicht nur für die Arbeiter und ihre Familien usw., die durch die Nachtarbeit zu einer unvorstellbaren Lebensweise gezwungen wurden, sondern auch für das Publikum im allgemeinen, denn die Nachtarbeit hat zum großen Teil die schimmigen hygienischen Zustände erschuldert oder miterschuldert, die früher in manchen Bäckereien aufgedeckt worden sind.

Auch die Sonntagarbeit wird durch die Verordnung gänzlich beseitigt, nachdem der Vorschlag für die reinen Konditoreien eine dreistündige Sonntagarbeit zugelassen, an dem Widerspruch der Bäcker gscheitert ist. Nur das Austreten von leicht verderblichen Waren darf noch während drei Stunden am Sonntag stattfinden. Nähere Bestimmungen darüber werden wohl noch bekannt gegeben werden.

Von weitgehender Bedeutung ist aber die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in den Bäckereien, Konditoreien und in den gleichgestellten Betrieben, wie sie die Verordnung vorschreibt. Zur Zeit dürfte diese Regelung keine Schwierigkeiten machen, da in den Bäckereien im allgemeinen wegen der knappen Mehlvorräte mit stark verkürzter Arbeitszeit gearbeitet wird. Dadurch wird der Übergang sicher erleichtert und es ist anzunehmen, daß die gewohnten später auslaufenden Schwierigkeiten verhältnismäßig leicht überwunden werden, besonders da die Verordnung auch die Gewerkschaftsbeamten ermächtigt, in geeigneten Fällen Ausnahmen zuzulassen. Die Herstellung der Backwaren und Konditorwaren für Sonntag und Montag früh wird an den Sonnabenden erfolgen müssen. Das wird in manchen Betrieben nur möglich sein, durch Einstellung von Hilfspersonal, sogenanntem Tagelöhner.

Jedenfalls werden die Bäckermeister gut tun, schon bald sich auf die neue Ordnung einzurichten, da die Bestimmungen am 15. Dezember d. J. in Wirkung treten. Sie gelten auch für die Bäckereien und Konditoreien von Konsum- und anderen Wesen, sowie für die Bäckereien der Wohnstätten, Speiseanstalten aller Art (Penionen, Heilanstalten, Fabrikantinnen), Warenhäuser, Mühlen, Bahnhofsrestaurants usw. Das Verbot der Nachtarbeit und der Sonntagarbeit findet auch auf die Anlagen zur Herstellung von Zwieback, Keks, Biskuits, Bonbons usw. Anwendung, um diese im Wettbewerb mit den Bäckereien und Konditoreien nicht zu begünstigen.

Die wir aus dem Reichsarbeitsamt erfahren, haben die Vorsitzenden des Rates der Volksbeauftragten sich damit einverstanden erklärt, daß zur Wiederherstellung der Neubauarbeiten sowie zur Errichtung von Not- und Hilfsbauten nach Maßgabe der vom Bundesrat in der Sitzung vom 31. Oktober 1918 beschlossenen Bestimmungen Baufostenzuschüsse aus Reichsmitteln bis zum Betrage von 100 Millionen Mark gewährt werden können.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. E. Restleph, Berlin Wilmersdorf, Druck der Lindendruckerei und Verlags-Gesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19

Theater und Vergnügungen.

Opernhaus
Sonnab., nachm. 7 1/2 Uhr: Freilichtaufführung des 4. heimkehrerischen Kreisars: Die Fiedermäus. Abends 7 1/2 Uhr: Der Härdler von Sevilla.

Schauspiele
7 1/2 Uhr: Judith.
Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater
7 Uhr: Der Kaufmann von Venedig.
Kammerspiele
7 Uhr: Rosmersholm.
Kleines Schauspielhaus
Fasanenstr. 1, Part. 5
7 1/2 Uhr: Frühlings-Erwehen.
Theater I. d. Königsprätzer Strasse
Dir. Carl Reinhardt - Prof. Hermann
8 Uhr: Die Frau Frankfurter.
Komödienhaus
an der Marchallbrücke
7 45 Uhr: Tanzende Nymphe
Berliner Theater
7 30 Uhr: Sterne, die wieder leuchten. Operette in 3 Akten. Musik von Walter Kollo. Jeden Mittwoch und Sonnabend, nachm. 3 1/2 Uhr: Lisl's Märchenreise.
Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky
7 1/2 Uhr: Der Schöfer.
Deutsches Künstler-Theater.
7 1/2 Uhr: Nachtbeleuchtung. Thematik: Auferstehung.
Volksbühne. Theater am Bülowplatz. Direktion: Friedr. Kayssler. 7 1/2 Uhr: Der Kirchgarten.
Trianon-Theater
Phil.-Friedrichstr. Ziv. 427, 2091.
7 1/2 Uhr: Der rote Ruf.
Casino-Theater.
Lothringer Str. 37. Tägl. 9 1/2 Uhr: Neul Das letzte Volksstück Neul
Die goldene Brücke
Vorher: Bräutigam's Spezialitäten.
Sonntag 2 1/2 Uhr: Der Sängling.
Wintergarten
Das grosse Spezialitäten-Programm
Anfang 7 1/8 Uhr.

Sammer Lichtspiele

Verlängert!

Söhne des Volkes

Film der Zeit von Ole Olson und G. Michaelis mit **Gunnar Tolnaes**

Vorführung 6 und 8 Uhr.

Sperry

Sorten

DIE BLAUE LATERNE
Regie: Rudolf Piebrach

MOZARTSAAL

Sozialdemokr. Wahlverein-Lichtenberg.
U. S. P. D.

Samstag, den 1. Dezember, vormittags 10 Uhr im Lokal von Tempel, Oranienstr. 2.

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Die Revolution und ihre Ziele!

Moderator: Herr Dr. Robert Brühlmann.

Zur Wahl zum 1. Vorsitzenden ist Herr Dr. Brühlmann vorgeschlagen.

Der Vorstand.
3 R.: Frau, Junemann.

Grammophone und Platten

BIAL & FREUND
ALEXANDRINENSTR. 97
BERLIN S. 42

GROSSE AUSWAHL BILLIGE PREISE
AUF WUNSCH BEQUEME ZAHLWEISE

Verlangen Sie unsern Prospekt 333.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“

Musik-Abend

in den Sophien-Sälen, Nollnerstr. 17
beginnt wegen der verkürzten Polizeistunde um 6 1/2 Uhr.

Achtung! Neukölln U. S. P.

Heute Sonnabend 7 Uhr
Vorstandssitzung
Wahlverein Büro Neukölln, Neckerstr. 3.

Das Sagenbuch der Verlorenen

Regie: Richard Oswald

Hauptrolle: Erna Morano, Konrad Veidt, Walter Krause, Heinrich Schmalz, U. I. Richter, Hans-Joachim Wedemeyer

MIA MAY
U. I. Richter, Hans-Joachim Wedemeyer

Pola Negri
Harry Liedtke
U. I. Hans-Joachim Wedemeyer, U. I. Richter

Paul Heidemann
U. I. Richter, Hans-Joachim Wedemeyer

Ellen Richter
U. I. Richter, Hans-Joachim Wedemeyer

UT

U. I. Richter, Hans-Joachim Wedemeyer

APOLLO Theater

Dir. JAMES KLEIN

Sonntags 3, und 7 1/2 Uhr
Die Welt geht unter!

Bilder aus der grossen Novellen-Varieté-Schau

Mitwirkende:
Senta Krawinkel, Ernst Richter, U. I. Richter, Hans-Joachim Wedemeyer, ROSTON'S Affirmationschau usw.

Sonntags 7 1/2, fest. Erwachsene 1 Kind frei.

5. Kreis. U. S. P.

Botenfrauen

zum Antragen der Zeitung „Die Freiheit“ werden gesucht, welchen es werden entgegenkommen:

Wollan, Berlin, Str. Georgenkirchstr. (Ecke),
Schelland, Franzosenstr. 36 40, 1.
Wetter, Schiffbauerdamm 14,
Hofmann, Str. 17, 1.
Dahle, Str. 17, 1.

Dahle, Str. 17, 1.

„Freiheit“ ist beständig in Umlauf, werden heute abend um 7 Uhr ab in der Freiheit, Freitag, 7, nach Bestellung der Zeit einzuführen.

Der Vorstand.

Bestellungen auf das Zentralorgan der U. S. P. D. „Die Freiheit“ werden angenommen bei:

Baum Gustav, S. Stallschreiberstr. 47	Jordan Max, S. Dresdner Str. 24	Meyer Karl, N. Chodorlechnerstr. 6
Böttcher Max, N. Wollanstr. 28	Käpner Hermann, Steglitz, Marien-dorfer Str. 15	Maß Otto, N. Kameruner Str. 52
Döring Otto, W. Steinmetzstr. 23	Kurzrock, N. Zionskirchplatz 5	Mews Fritz, N. Genier Str. 28
Engel, Lichtenberg, Neue Dahnholzer Str. 38	Köhler G., NW. Wiltshöcker Str. 19	Neumann SW, Zimm. str. 54
Gliese Fritz, N. Soldner Str. 34	Kordig J., SW. Solmanstr. 4	Sinner Reinhold, SO. Nusskauerstr. 31
Gerecke, Pankow, Mühlensir. 71	Lohse, S. Boppstr. 1	Sommer, SO. Vienenstr. 26
Herbst, Pankow, Florasir. 25	Lachmann, N. Koraholmer Str. 85	Sicker Otto, N. Canlienerstr. 19
Höhner, N. S. bulsir. 60	Lehmann Otto, O. Liebigstr. 10	Vietz Paul, N. Hammerstr. 35
Honstel, N. Usedom Str. 18		Wosack Rudolf, N. Wiesenstr. 31

Bestellschein.

Bitte hier ausschneiden, ausfüllen und einsenden an den Verlag der „Freiheit“, Berlin SW 6, Schiffbauerdamm 19.

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom

ab 1 Exemplar der zweimal wöchentlich erscheinenden Zeitung

„Die Freiheit“

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zum Preise von M. 2,00 monatlich bei freier Zustellung ins Haus.

Name: _____

Borname: _____

Beruf: _____

Ort: _____ Straße: _____

Post. Nr. _____ U. S. P. D. e. r. l. _____

Oeffentliche Versammlung aller Angehörigen der Marine

Sonnabend, den 30. November, nachmittags 4 Uhr im Gewerkschaftshaus (Engelufer 15).

Tagesordnung:

Die Marine und die Revolution.

Referent: **Dr. Oskar Cohn.**

Kameraden, erscheint in Massen!!

Einberufer: Leopold Döring.

5. Kreis U. S. P.

Aus dem Felde zurückkehrende Genossen werden gebeten, behufs Zurückerlangung ihres Mitgliedsbuches und evtl. Auskünfte sich an folgende Stellen zu wenden:

I. Abt.: Eugen Rosemann, Winsstr. 12	IV. Abt.: Paul Keller, Steinstraße 12
II. „ Willi Totzek, Reblonskir. 35	V. „ Herm. Kollarski, Gammstr. 12
III. „ Otto Siewel, Gammstr. 14	VI. „ G. Moritz, Str. Gammstr. 13
IV. „ Aug. Rieger, Neue Königstr. 17	VII. „ August Jarroy, Linsenstr. 130
V. „ N. Schellanski, Reblonskir. 35	VIII. „ Hugo Wetzer, Schiffbauerdamm 19

Dieselbst werden nach Bestellungen auf die Zeitung „Die Freiheit“ entgegengenommen

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin • N. 54, Eichenstr. 93-95

Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 195, 1239, 1157, 971.

Montag, den 2. Dezember 1918, abends 8 Uhr.

Fortsetzung der Bezirks-Versammlung

am 25. Nov. 1918.

im Lokal des Clubs, Weillstr. 8.

Zusammenkunft des Bezirks.

Empfehle allen Parteigenossen, Genossinnen und Genossen, meinen neuen Lokal

Zur Friedenshütte

Veranstaltung für 50-70 Personen.

Otto Liebig, Wiener Str. 57 a.

Mitglied d. U. S. P.

Revolutions-Postkarten

speziell für Straßenbändler.

10 Stück hochrealistische Karikaturzeichnungen mit treffenden einzelnen Texten erscheinen am 1. Dezember neu. Großer leichter Massenartikel. Leicht herzustellen. Hoher Verdienst. Für auswärts vergeblich. Alleinvertrieb bei Abnahme größerer Quantitäten.

Walter Kuhn, Berlin SW. 11, Schönebergerstr. 9/10

Postkarten-Verlag.

